

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Beitragsbeitrag 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Selter Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einseitige
Postzettel oder deren Raum berechnet. — Interate werden nur gegen
vorherige Einlösung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postricht eingetragen.

Nr. 27.

Sonnabend, den 1. Juli 1916.

20. Jahrgang.

Strömungen in Unternehmerekreisen.

Von August Winnig.

Man hielt es zeitweilig für notwendig, die Gewerkschaften vor einer allzu großen Verantwortung zu der künftigen Haltung der Unternehmerekreise zu warnen. Was man in den ersten Kriegsmonaten an anerkannten Worten aus Unternehmerekreisen gehört habe, sei vorübergehenden Gefühlsbewegungen entsprungen und für das künftige Verhältnis sehr belanglos; auch in Zukunft sei dies Verhältnis eine bloße Machtfrage. Solche Warnungen räumten offene Türen ein; denn was sie enthielten, waren platten Selbstverständlichkeit, die zu beweisen man in den Gewerkschaften zu keiner Zeit müde wurde. Man wird in der Tat vergeblich nach Neuorientierungen irgendwelcher Hoffnungsfähigkeit suchen, viel eher kann man eine geradezu geistige Herwachung der Ansicht feststellen, daß in diesem Falle selbstverständlich alles beim alten bleibt.

Es kommt heute nicht so sehr darauf an, ob diese Ansicht später wirklich recht behalten wird, sondern die Hauptfrage ist, daß sich die organisierte Arbeiterschaft auch für die Zukunft auf nichts anderes verläßt als auf ihre eigene Kraft und dementsprechend darauf sieht, diese ihre Kraft beieinander zu halten.

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist allerdings eine Machtfrage: Wenn die Gewerkschaften nach einem Menschenhaften Kämpfen noch an dieser Wahrscheinlichkeit zweifeln, so wäre es traurig um sie aus. Man muß sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß auch in Zukunft die Versuche nicht aufhören werden, wenigstens lassen sehr beachtliche Neuorientierungen aus führenden Unternehmerekreisen nicht daran zweifeln, daß dort auch heute noch solche Gedanken gemacht werden. Es sei hier nur noch an die Generalversammlung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erinnert, wo der Syndikus dieser großen Organisation die Tatsache befürchtete, daß in England im Jahre 1915 rund dreieinhunderttausend Arbeiter zum Mittel des Streits griffen, während Deutschland von größeren Arbeitsinstellungen verschont blieb, woraus er folgerte, daß die hierzulande beobachtete Nachfragepolitik gegenüber der Arbeiterbewegung doch empfehlenswürter sei als die englische Praxis des Entgegengenkommens. Diese Schlußfolgerung des Unternehmerekretärs ist freilich ein schräger Wunsch, aber als Stimmungssymptom bleibt sie doch immerhin bedeutsam.

Man kann ähnliche Symptome aus mancher ähnlichen Neuorientierung entdecken, die uns aus Unternehmerekreisen erreicht hat. Auch die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat in der Begleitmusik, die sie der lebhaft beschloßnen Neuorientierung des Betriebsgesetzes widmete, keine Neuerungen lassen, die nicht gerade nach Neuorientierung lägen. Müßig allerdings meinte sie wieder:

„Wer tiefer mit den Dingen vertraut ist, weiß überdies, in welchem Umfang die Arbeiterschaft bereits der veränderten Haltung mancher Gewerkschaften und mancher Führer dieser Organisationen Rechnung getragen hat. Aber Männer der Tat reden nicht viel.“

Aufschluß hat die „Arbeitgeber-Zeitung“ hier die Untersuchungen im Auge, die manche Unternehmer den Familien ihrer begegneten Arbeiter gewährten. Solche Fürsorge ist selbstverständlich sehr anerkennenswert, und wenn die dafür aufgewendeten Summen auch immer nur Rücksichtnahmen aus dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert sind, so bleiben sie doch bei allemdeutlichem Leistung, die dem persönlichen Charakter der betreibenden Unternehmer ein gutes Zeugnis ausspielen. Aber diese Auswendungen treffen den Kern der Sache natürlich nicht. Man weiß, daß nicht selten der gleiche Betrieb, der jährlich hunderttausende oder mehrtausende für Wohlfahrtseinrichtungen aufwendet, zu den härtesten Kampfmaßnahmen greift, um nur die Organisation nicht auszutun oder eine Lohnforderung von wenigen Pfennigen niederschlagen. Was man von einer Neuorientierung der Unternehmerekreise erwarten würde, sind nicht Wohlfahrtseinrichtungen, die dem Arbeiter wohl als Person, nie aber als Klasse dienen können, sondern ist die grundlegende Bereitschaft, mit den Gewerkschaften als den rechtmäßigen Vertretern der Arbeiterschaft das Arbeitsverhältnis im modernen Sinne zu regeln und zu gestalten und sie als gleichberechtigten Teil für alle Fragen des Arbeitsrechts anzuerkennen. Nur das kann füllig der Inhalt einer Neuorientierung der Unternehmerekreise sein.“

Kein Zweifel, daß man davon noch weit entfernt ist. Wer, wie „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, tiefer mit den Dingen vertraut ist, weiß, daß in dieser Hinsicht heute noch vieles im Fluß ist. Der äußere Schein trügt auch hier; auch wir halten allzuleicht herbeizuhende Neuorientierungen aus dem Munde eines bekannten Wortführers der Unternehmer für viel maßgeblicher, als sie in Wahrheit sind. In den Unternehmerekreisen spielen sich zur Zeit Kämpfe zwischen den einzelnen Strömungen ab, die eine entfernt scheinliche mit den Räumen in ihren eigenen Reihen haben. Auch in Unternehmerekreise verlangt ein Füllsel nach einer taktischen Neuorientierung, während ein anderer von der alten Praxis der Niedrighaltung der Gewerkschaften nicht ablassen will. Auf der Generalversammlung einer Unternehmerekreise eines sehr großen und wichtigen Industriezweiges kamen kiratisch die Oogenähe ziemlich eutlich zum Vortheile; beide Ausfassungen fanden ihre Vertreter, nur daß man einen Entschluß fügte. Die Einzelheiten dieser Vorfälle entziehen sich heute noch der öffentlichen Kenntnis, sie sind doch für die gegenwärtigen Strömungen in den Unternehmerekreisen sehr charakteristisch. Der Streit geht hier nur darum, ob die Gewerkschaften weiter grundätzlich achten oder ob man ihnen zusammen an der Regelung wichtiger gewerblicher Fragen beitreten soll.

Auch hier dürfen uns die Zusäßekeiten des Streites nicht über die wirklichen Ursachen täuschen. Es handelt sich hier allgemein um Vorläufe, die nur sehr äußerlich mit den Stimmungen der Kriegszeit zusammenhängen. In Wahrheit berührt es sich auch dar, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit vor allem in Machtfrage ist. Bei einer gewissen Höhe der gewerblichen Produktionsförderung ist die gewerbliche Ordnung eben um keinen Preis mehr zu haben als um den einer grundlegenden Gewerkschaftsbildung. Diese Gewerkschaft ist äußerlich als das Ergebnis eines bloßen Stimmungswechsels erscheinen, in Wirklichkeit ist sie der Ausdruck eines veränderten Machtverhältnisses, der früher durch das auch im sozialen Leben geltende Beharrungsbedürfnis aufzuhalten wurde und nun durch einen äußerlichen Anlaß herbeigeführt ist.

Auch im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmerekreisen stehen die Dinge nicht still, sondern haben ihre eigenen Entwicklungsgezeuge. Ist ein Gewerbe erst einmal dazu gekommen, daß das Arbeitsverhältnis durch die beiderseitigen Organisationen gestaltet und getragen wird, so treten die Tendenzen des gegenseitigen Niederkampfens von selbst zurück, es fehlt ihnen auf der einen Seite die Aussicht, ihr Ziel zu erreichen, da man beiderseits zu stark davon geworden ist, und andererseits ist das Interesse an der Aufrechterhaltung der gewerblichen Ordnung durch das gemeinsam geregelte und geistige Arbeitsverhältnis so groß, daß man sich mit dem Vorhandensein einer starken Organisation der Gelegenheit als mit einer Selbstverständlichkeit abfindet. Tatsächlich ist denn ja auch das Bestreben von Organisationen mit entwickelter Disziplin auf beiden Seiten die Voraussetzung jedes Tarifvertrages. Das ist eine Erkenntnis, die sich in denselben Maße durchsetzt, wie das Prinzip der Organisation in das gewerbliche Leben einbringt.

So erklären sich die versprechenen Strömungen im Unternehmerekreis: während der eine Füllsel noch glaubt, der Gewerkschaftsmacht trocken zu können und infolgedessen an der alten Niederkampfungstat bestehen will, hat der andre längst dieser Macht der organisierten Arbeit Raum geben müssen oder sieht sich doch so von ihr bedroht, daß er sich zu einem Frontwechsel genötigt sieht; er verlangt darum nach einer taktischen Neuorientierung. In beiden Fällen ist die Stärke der Arbeiterschaften der ausschlaggebende Unterschied. Daraus ergibt sich, wie die Arbeiterschaft den Streit der Strömungen im Unternehmerekreis zu ihren Gunsten beeinflussen kann.

Die Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege.

Die Frage der Gestaltung des Wirtschaftsmarktes und der Arbeitsangelegenheit nach Friedensschluß hat schon viele Firmen in Bewegung gebracht. Wie wird sich die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes gestalten, wenn alle zum Heere Einberufenen zurückkommen? Eine offene Frage, die präzis nicht beantwortet werden kann. Ein lebenswerten Artikel über diese Frage bringt die Nummer 11 der „Neuen Zeit“ aus der Feder von Rudolf Wissel. Wir geben nachstehend einiges daraus im Auszug wieder.

Zunächst erörtert W. die Frage der Fürsorge für die im Kriege Beschädigten. Überall sind Kräfte am Werk, sie möglichst wieder zu brauchbaren und dienstwilligen Gliedern unseres volkswirtschaftlichen Lebens zu machen. Nicht nur auf rein chirurgisch-medizinischem Gebiet, sondern um ihn wieder fähig zu machen, seine ihm verbliebene Arbeitskraft nach Möglichkeit zu verwenden, ihn vor dem Schlimmsten zu bewahren, das einem Menschen begegnen kann, ohne Lebensaufgabe darzustellen, weil er sich des kostbarsten Gutes, das dem Menschen gegeben ist, der Arbeit, noch erfreuen soll. Und schließlich auch, um der Volkswirtschaft zu dienen, um die in dem Krieg beschädigten noch stehende Kraft nicht nutzlos brachliegen zu lassen. Diesen Zielen dient die Berufsberatung, die Arbeitsbeschaffung, Diensten die in Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen, durch die verhindert werden soll, daß der Rentenbezug des Kriegsbeschädigten ein Mittel der Kohndräckerei wird. Es soll dadurch verhindert werden, daß die Kriegsbeschädigten unter dem Wert ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden.

Aber auch für jene, die äußerlich gern aus dem Felde heimkehren, gilt es zu sorgen. Wenn sie zurückkehren, darf nicht die Not und das Grauen der Arbeitslosigkeit, der Existenzlosigkeit über sie kommen. Dann müssen sie im grauen Alltagsleben des bürgerlichen Berufes sofort ihren Platz wieder finden und ausfüllen können. Bis dahin muß schon ein seumirritiver, in allen seinen Einzelheiten klar durchdachter Plan vorliegen, nach dem die Unterbringung der heimgekehrten Soldaten in ihren früheren Berufen erfolgt. Wollte man erst warten, bis die Dinge soweit gediehen sind, daß zu Rothenhöfen geschritten werden muß, würden sich Zustände heransetzen, denen man dann nicht mehr Herr werden kann.

Sehr beachtlich sagt W., daß bei Ausbruch des Krieges wohl ein guter Mobilisationsplan der Heeresverwaltung verlängt, daß dort alles klapt, daß aber der wirtschaftliche Organisationsplan ganz gescheit ist, daß wo dann mittels Versuchen mancherlei Art das Unterlassen nachzuholen versucht wurde. Gerade daß ein solcher wirtschaftlicher Organisationsplan gescheit hat, sei wohl ein Beweis mit dafür, daß Deutschland nicht an einem Krieg gedacht oder ihn doch nicht gewollt hat. Ein solcher Organisationsplan müsse auch vorsehen, daß sich die Umstellung des Wirtschaftslebens rasch vollzieht. Ebenso muß der Demobilisationsplan der Heeresverwaltung daraufhin berechnet sein, daß wirtschaftliche Leben nicht in schwere Erhütterungen zu verkehren. Nach der Erfolung von den Strategien muß den Heimkehrenden sofortige Arbeitsmöglichkeit gegeben werden.

Mein volkswirtschaftliches Vertratet, wurde durch mangelnde Vorsorge an Arbeitskraft der Volkswirtschaft ein nicht zu verantwortender Verlust zugestellt. Dieser weist um so schwerer, weil in der Zeit, die dem Kriege folgt, alles, was vernichtet wurde, wieder geschaffen werden muß.

Wenn der gesund heimkehrende Soldat und Monate militärisch brachtegen müßte, würde der volkswirtschaftliche Verlust viel größer sein als der Gewinn, der von der Arbeit der Kriegsbeschädigten erwartet werden kann.

Wenn weiter die Arbeit und Mühe in Rechnung gestellt wird, die notwendig aufgebracht werden müssen, um viele Kriegsbeschädigte arbeitsfähig zu machen, kann es keinen Zweifel geben, daß die Arbeitsbeschaffung für gefundene heimkehrende Krieger gewinnbringend für unsre Volkswirtschaft ist.

W verbreitet sich dann über die ethische und soziale Bedeutung der Arbeitsbeschaffung und all die Waren, die in einer Zeit missionsdurch Arbeitslosigkeit mit ihrer Not und ihrem Elend entstehen müssen. Es fehlt jeder Maßstab, an den man sich halten könnte, um ein zutreffendes Bild zu erhalten. Das eine dürfte sicher sein, daß jene, die dem Ende so oft ins Auge sehen, sich nicht willen- und teilnahmslos in ein Schicksal der Arbeitslosigkeit lädt werden. Das Recht auf lehnende Arbeit würden sie mit elementarer Gewalt geltend machen.

Auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge sei es sehr schwer zu sein, in einer einheitlichen Handhabung und Leitung zu gelangen. Deshalb müssen die uncharakteristischen Schwierigkeiten, die sich der Arbeitsbeschaffung für die Heimkehrenden in den Weg stellen, rechtzeitig erkannt und ihre Überwindung in Angriff genommen werden.

W. geht dann auf verschiedene Ausführungen über den Gegenstand in der „Neuen Zeit“ und der Presse ein, die aber alle darauf hindeuten, daß sie eben nur Vermutungen äußern können über die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege.

Schließlich folgert denn auch W. zum Schluss, daß es für einen einzelnen überhaupt unmöglich sei, einen Plan auszudenken und durchzuhalten, wie die Arbeitsbeschaffung am besten zu organisieren ist. Unre Volkswirtschaft kann ein einzelner nicht übersehen, sie ist dazu zu vielfältig, dann muß der Charakter der Allgemein und Beste des Volkes aufgeboten werden. Ein Reichsausschuß oder wie man die Kommission nennt, aus Vertretern aller Zweige der Volkswirtschaft, müßte die Spalte bilden, die Mithilfe in allen Landesteilen durch Ausschüsse finden muß, um die Arbeitsbeschaffung zu organisieren.

Die deutschen Gewerkschaften zur Ernährungsfrage.

Am 15. und 16. Juni tagte in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände der Gewerkschaften, die u. a. zur Volksernährung im Kriege Stellung nahm. Nach einem Bericht von Robert Schmidt, der die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Lebensmittelversorgung am Kriege kämpfen habe, nicht verkennt, aber die vorhandenen Mängel auf die vielen halben Maßregeln des Bundesrats und die allzu große Missachtung auf die privaten Gewerbsinteressen der Erzeuger und des Handels zurückführt und von dem neuen Erzeugerernährungsamt nur bei rückichtsvollem Durchgreifen zugunsten des Gemeinwohls eine entscheidende Besserung erwartet, wurde einstimmig und debattlos folgende Entscheidung angenommen:

Die strikte Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in der Produktion und im Warenhandel hat während des Krieges zu einer steigenden Schädigung der ärmeren Bevölkerung in der Nahrungsmittelversorgung geführt.

Die fortgesetzten Preissteigerungen haben sich bis zum Unverträglichen gestaltet. Die Unterbreitung dieses Kreibens ist leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit betrieben, die meisten von der Regierung getroffenen Maßnahmen müssen direkt als verfehlt bezeichnet werden.

Bei der Einteilung der Nahrungsmittel, die nicht in genügenden Mengen vorhanden sind, fehlt es an einer Direktive von einer Zentralstelle und damit an einer Einheitlichkeit des Verteilungssystems. Die vorhandenen Verbände sind versucht dem Verleih im freien Handel entzogen und der Mangel damit unratürlich vergrößert.

Die Befestigung der Mängel kann nur unter Berücksichtigung folgender Forderungen geschehen:

1. Aufhebung aller Sonderbestimmungen von Bundesstaaten, Kreisen und Gemeinden, namentlich der Ausfuhrverbote.

2. Geregelter Preissteigerung für Produzenten, Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich, Preise, die auch für die Minderbemittelten erschwinglich sind.

3. Die Beschaffungnahme und öffentliche Verteilung der in nicht genügenden Mengen verfügbaren Lebensmittel, ohne Rücksicht auf Erzeuger, Händler oder unzulässig versorgte Privathandelsketten.

4. Die Verteilung nach einheitlichen Grundfächern, wobei die Gründung der schwer arbeitenden Berufskreise besonders berücksichtigt werden muß.

5. Die Schädigung an der Volksernährung (Spekulation, Kettenhandel, Nahrungsmittelfälschung) müssen rücksichtslos ausgeschaltet und der Handel mit allem Nachdruck entgegengewirkt werden.

6. Vertrieb der wichtigsten Nahrungsmittel durch gemeinnützige Gesellschaften und Gemeinden. Einrichtungen für Massenpeisung.

Die Gewerkschaften erwarten, daß die gerüttelten Mängel in der Nahrungsmittelversorgung beseitigt werden, daß das Kriegsernährungsamt rücksichtslos mit dem bisherigen System bricht und den Grundzustand zur Geltung bringt, daß die Wohlfahrt des Volkes der leitende Gesichtspunkt in der Nahrungsmittelversorgung sein muß, dem gegenüber alle einseitigen Interessen der Produzenten und Händler schweigen müssen.

Die Gewerkschaften haben bereitwillig an der Lösung dieser Aufgabe mitgearbeitet, ohne ausreichenden Erfolg zu haben, da immer wieder den entgegenstrebenden Interessenkreisen eine völlig ungerechtfertigte Rücksichtnahme zuteil wurde. Nur durch Ausübung dieses Einflusses wird der Arbeiterschaft die erforderliche Mitarbeit an der Fassung der schwierigen Aufgabe ermöglicht und damit die Last des Krieges erleichtert.“

Ersatzglieder für Kriegsbeschädigte.

Der vielfache Verlust von Armen und Weinen der soldidienfähigen Soldaten hat den Ersatzgeist besonders zur Belebung von Ersatzgliedern sehr angeregt. Inzwischen ist auch in Friedenszeiten dem Gebiet der Kriegspflegejagd große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Kriegszeit aber hat Ingenieure, Aerzte und Privatpersonen zu vielfachen Ersatzungen besonders angeregt. Um den verschütteten Kriegsverletzten einige Hoffnung für ihre ferne Zukunft zu geben, ist durch Vorlage in Parteien und Klinden sowie durch Führung verhüppelter Personen gezeigt worden, zu welcher Geschicklichkeit der Verkümmelte mit künstlichen Gliedmaßen eviniell gelangen kann.

Bei diesen Vorführungen, bei denen meist Personen gezeigt werden, die schon von Geburt an oder im späteren Leben durch Unfälle den Verlust irgendeines Gliedes zu beklagen hatten, hatte jedoch jeder immer das Gefühl, daß es sich hier um Personen handelt, die sich mit der Zeit an ihr Unglück gewöhnt und sich eine gewisse Anpassungsfähigkeit angeeignet hatten. Wenn z. B. ein Mensch, der ohne Arme geboren, seine Anpassungsfähigkeit zur Verstärkung vieler Arbeiten des täglichen Lebens mit den Füßen zeigte, so war das doch bis zu einem gewissen Grade optimal eine artliche Darstellung. Ebenso, wenn Kinder aus dem Kriegsheim vorgetragen wurden, die schon von Geburt an sich an den Gebrauch eines Armes, einer Hand oder eines Beins gewöhnt hatten und mit einem Ersatzglied sich durchs Leben schlagen konnten. Ammer lieg bei diesen Vorführungen der Gedanke an, ob denn ein Mensch im späteren Alter, etwa mit 20, 30 oder gar 40 Jahren eine solche Verkümmelung im Laufe von fünfzig Jahren überwinden würde. Wenn dann noch Vorstellungen der Personen, die in Friedenszeiten in Protagonen und Abbildungen zu beweisen versuchten, daß einzelne Un-

